



LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
198 · Ausgabe BL·BS · Januar 2022



Corona an den Schulen

DIE SCHULEN WAREN IM VERLAUF DIESER PANDEMIE – ABGESEHEN VON DER ERSTEN WELLE – DAUERHAFT OFFEN. ES IST UNS EIN GROSSES ANLIEGEN, DASS DER PRÄSENZUNTERRICHT AUFRECHTERHALTEN WERDEN KANN, DAMIT DIE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER IN IHREN SOZIALEN STRUKTUREN VERBLEIBEN UND WEITERHIN UNTERRICHTET WERDEN KÖNNEN.

Die Ansteckungszahlen an den Schulen verhielten sich ähnlich wie die Wellen des Virus. Sowohl im letzten Winter wie auch im vergangenen Herbst stiegen die Zahlen teilweise stark. Oft hiess es von den Kantonen dann, Kinder seien nicht so gefährdet, würden bei einer Ansteckung keine oder nur schwache Symptome entwickeln und seien keine Treiber der Pandemie. Eine dosierte Durchseuchung der Kinder könne problemlos in Kauf genommen werden.

Heute wissen wir: Das war eine krasse Fehleinschätzung. Auch Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene können sich mit dem Virus anstecken und einen schweren Verlauf haben. Hinzu kommt, dass die Schülerinnen und Schüler das Virus aus der Schule nach Hause tragen und dort ihre Familie, auch die Grosseltern, anstecken können.

Schutzmassnahmen gefordert

Mehrfach haben sich die Lehrpersonen und ihre Verbände für bessere Schutzmassnahmen an den Schulen stark gemacht. Unter anderem haben sie Luftfilter und CO₂-Messgeräte für die Klassenzimmer gefordert und sie haben eine Masken- und eine Test-



Franziska Roth, Grossrätin



Jan Kirchmayr, Landrat

pflucht vorgeschlagen. Vor allem im Kanton Basel-Stadt sind diese Forderungen nach einfachen, aber wirkungsvollen Massnahmen nur bedingt auf fruchtbaren Boden gefallen. Zwar gibt es ein Schutzkonzept, aber wie es umgesetzt werden soll, ist den teilautonomen Schulstandorten überlassen. Haben diese aber etwas mehr gemacht, dann sind sie vom Erziehungsdepartement wieder zurückgepfiffen worden. So sind Unklarheiten und Unsicherheiten entstanden.

Im Kanton Basel-Landschaft wurden zumindest die Sekundar- und Mittelschulen frühzeitig mit CO₂-Messgeräten ausgestattet und das Breite Testen Baselland gibt es bereits seit bald einem Jahr. Auch mussten die Schulträger den Lehrpersonen FFP2-Masken zur Verfügung stellen. Als die Fallzahlen an den Schulen im Herbst 2021 explodierten, wurde zu langsam reagiert. Man hatte lange weder für Luftfilter noch für eine Pflicht zur Teilnahme am Breiten Testen ein offenes Ohr. Erst als sich auch viele Lehrpersonen ansteckten, reagierte der Kanton und verpflichtete alle zur Teilnahme am Breiten Testen auf Januar 2022.

Einsatz der SP für einen sicheren Schulbetrieb

Im Grossen Rat haben wir uns um bessere Schutzmassnahmen an den Schulen bemüht. Mit einer Interpellation hat SP-Grossrat Claudio Miozzari nach den Gründen für die zögerliche Haltung des Erziehungsdepartements und nach besseren Schutzmassnahmen gefragt, und wir haben uns für die Anliegen einer Petition aus Elternkreisen stark gemacht.

Der Landrat hat im letzten Jahr ein Postulat von SP-Landrat Ernst Schürch, welches die Anschaffung von Luftfiltern forderte, überwiesen. Weiter haben wir in Fragestunden verschiedene Forderungen wie beispielsweise das priorisierte Boostern für Lehrpersonen und die Ausweitung der Maskenpflicht auf der Primarstufe in den Raum gestellt.

Es ist absolut zentral, dass die Schulen offen bleiben und die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen geschützt werden. Die nun geltende Masken- und wöchentliche Testpflicht entlastet die Situation sicher. Allerdings dauerte es viel zu lange, bis diese Schutzmassnahmen ergriffen wurden.

Prägende Kraft im Basler

DER GROSSE RAT VERABSCHIEDETE IM DEZEMBER DEN SCHLUSSBERICHT DER SPEZIALKOMMISSION KLIMASCHUTZ. WIR BLICKEN ZURÜCK AUF EINE ENGAGIERTE DEBATTE. UND WIR SIND MOTIVIERT, DIE NÄCHSTEN KONKRETEN SCHRITTE VORANZUTREIBEN.

Momentan ist noch offen, bis wann der Kanton Basel-Stadt das Klimaziel «Netto-Null Treibhausgasemissionen» erreichen will. Derzeit behandelt die vorberatende Kommission des Grossen Rates den Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative. Die SP setzt sich für eine möglichst ambitionierte, aber trotzdem realisierbare Variante ein. Selbstverständlich warten wir aber nicht ab, bis das Ziel Netto-Null aufs



Lisa Mathys, Grossrätin,
Co-Präsidentin SP Basel-Stadt

Jahr 2030, 2040 oder irgendwann dazwischen festgelegt wird. Denn wichtig ist für uns vor allem eines: Wir müssen uns schnell und konsequent auf den Weg in die Klimazukunft machen.

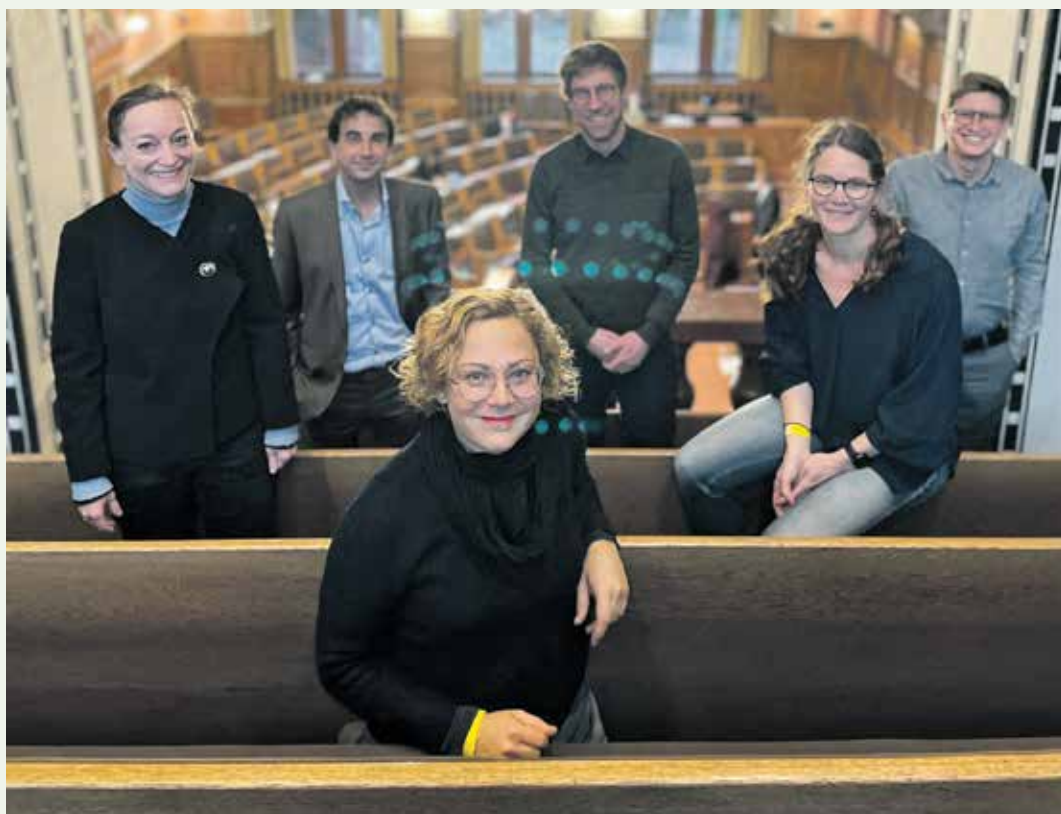
Unsere Stärke ist das Konkrete

Die SP ist immer dann am stärksten, wenn es um konkrete Umsetzungsvorschläge geht. In den letzten Wochen sorgten wir in der Basler

Politik für greifbare Fortschritte: Der Grosse Rat bewilligte anstatt 200 Ladesäulen für die E-Mobilität deren 4000 (!). Die Solardachpflicht auch für Bestandesbauten ist ebenso beschlossene Sache. Das sind wichtige Etappen in der Energiewende!

Auch in der mittlerweile aufgelösten Spezialkommission Klimaschutz brachten wir uns mit fünf, später vier Fraktionsmitgliedern ein. Der rund 130-seitige, kritische und konstruktive Schlussbericht der Spezialkommission wurde Mitte Dezember im Grossen Rat diskutiert und in breitem Konsens über alle Fraktionen ausser der SVP hinweg verabschiedet.

Zusammen mit dem Schlussbericht reichte die Spezialkommission 13 Kommissionsvorstösse ein, die innerhalb der Kommission mindestens eine Zweidrittelmehrheit gefunden hatten. Die SP-Mitglieder hatten die Vorstösse wesentlich mitgeprägt, aber bewusst darauf verzichtet, Maximalforderungen durchzudrücken. Selbstverständlich stehen wir nun aber bereit, die unausweichlichen nächsten Schritte



Spezialkommission Klima (v. l. n. r.):

Toya Krummenacher
Thomas Gander
Alexandra Dill
Jean-Luc Perret
Lisa Mathys
Beda Baumgartner

AGENDA SP BS

- Dienstag, 25. Januar 2022, 20 Uhr
Sitzung Parteivorstand
Grosser Saal Gewerkschaftshaus
- Donnerstag, 27. Januar 2022, 17 Uhr
Stempelsteuer-Bschiss:
Grosse Mobilisierungsaktion
Bahnhof SBB, Claraplatz
- Samstag, 5. Februar 2022
Parteitag SP Schweiz
- Sonntag, 6. Februar 2022, 9 Uhr
Wahlen Riehen
- Donnerstag, 10. Februar 2022, 20 Uhr
Reserve-Delegiertenversammlung
Findet online statt
- Sonntag, 13. Februar 2022, 16.45 Uhr
Wahl- und Abstimmungssonntag
- Dienstag, 22. Februar 2022, 20 Uhr
Sitzung Parteivorstand

Klimaschutz

zu fordern und zu erarbeiten, die darauf aufbauen.

Dass die SVP kaum einen der Vorstösse mitrug, war keine Überraschung. Sie bezeichnete die Arbeit der Kommission in den Medien als «linken Irrsinn». In der Ratsdebatte zeigte sich dann, dass auch auf die LDP kein Verlass ist – auch wenn sich die Liberalen gerne als «klimabewusst» aufspielen. Unverständlich war, dass sie sogar Vorstösse ablehnten, in denen es explizit um Innovationsförderung ging.

Engagierte Debatte

Die Grossratsdebatte verlangte uns einiges ab. Die rechte Minderheit provozierte und log, dass sich die Balken bogen: Völlig realitätsfremd zum



Jean-Luc Perret, Grossrat

Beispiel ihre Behauptung, der Klimaschutz sei schuld an den steigenden Erdgaspreisen. Weiter proklamierten die rechtsbürgerlichen Redner (sic!), klimafreundliche Finanzanlagen seien nicht rentabel und Innovation zu fördern sei keine Aufgabe des Staates. Es brauchte starke Nerven.

Mit engagierten Voten half die SP-Fraktion mit, dass schlussendlich alle Vorstösse deutlich überwiesen wurden. Neben den Vorstössen enthält der Bericht Dutzende weitere Forderungen und Anregungen. Der Grosse Rat erteilte dem Regierungsrat den klaren Auftrag, weiterhin vorwärtszumachen. Dies schulden wir auch unserer Bevölkerung, die sich bei Abstimmungen immer wieder klar für mehr Klimaschutz ausspricht.

Reicher SP-Wissensschatz

Die SP Basel-Stadt wird sich weiterhin für einen ambitionierten, sozial gerechten Klimaschutz einsetzen. Wir können dabei auch auf den vielfältigen und reichen Wissensschatz unserer breiten Parteibasis zurückgreifen. An Veranstaltungen und in Sachgruppen-Sitzungen fliessen die Ideen und das Wissen unserer Mitglieder ein. Als Beispiel sei das thematisch sehr breite Positionspapier zu den Transformationsarealen erwähnt, an dem aktuell die Sachgruppe Stadtentwicklung arbeitet. Zusammen mit anderen wird es eine nächste wichtige Grundlage für künftige parlamentarische Forderungen abgeben.

Macher:innen und Lokomotiven

In Basel-Stadt liefert nicht nur die SP-Fraktion im Grossen Rat – es liefern auch die SP-Mitglieder der Regierung. Regierungspräsident Beat Jans priorisiert das Thema

weiter und macht es zum Schwerpunkt. Regierungsrat Kaspar Sutter brachte den fast vollflächigen Fernwärme-Ausbau einstimmig durchs Parlament und schraubt weiter

an den Absenkpfeilen. Und Finanzdirektorin Tanja Soland sichert mit ihrer weitsichtigen und soliden Politik die finanzielle Basis für die anstehenden Investitionen.

PAROLEN DER SP BASEL-STADT FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 13. FEBRUAR

Kantonal

JA Primaten-Initiative

National

JA Medien-Gesetz

NEIN Stempelsteuer

NEIN Tier- und
Menschenversuchsverbot

JA Schutz der Kinder und
Jugendlichen vor Tabak-Werbung



«Mit dem Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative beschleunigen wir die Dekarbonisierung weiter und wollen Netto-Null für Basel-Stadt bis 2040, für die Verwaltung bereits bis 2030. Wir treiben dies konkret voran, mit einem enormen Ausbau der Fernwärme, mit einer Solar-Offensive und Ladestationen für die E-Mobilität.»

Regierungsrat Kaspar Sutter



«Mein Wahlversprechen gilt: Der Kanton Basel-Stadt soll als Klimaschutzlokomotive an der Spitze stehen und ein Vorbild sein. Wir haben den Klimaschutz im Legislaturprogramm der Regierung als eines der drei Hauptanliegen verankert. Die strategische Leitung für diese Querschnittsaufgabe übernimmt neu das Präsidialdepartement.»

Regierungspräsident Beat Jans

GEMEINDEWAHLEN 2022

Riehen moderner und fortschrittlicher gestalten

Die SP in Riehen hat in den letzten vier Jahren immer wieder ihre Stärke bewiesen: Sowohl bei den letztjährigen Grossratswahlen als auch bei den nationalen Wahlen 2019 – jeweils entgegen dem kantonalen respektive dem nationalen Trend – und vor vier Jahren anlässlich der Einwohnerratswahlen konnte sie zulegen. Die Sozialdemokratie ist als wählerstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen. Nur sehr, sehr knapp haben wir vor vier Jahren einen zusätzlichen neunten Sitz im Einwohnerrat verpasst. Ein Sitz, dem wir in der nun zu Ende gehenden Legislatur mehrfach nachgetrauert haben.

Fortschrittliche Vorstösse scheiterten an der bürgerlichen Blockadepolitik

Verschiedene für Riehen wichtige Abstimmungen gingen wegen des fehlenden Sitzes im Parlament äusserst knapp verloren, dazu zählten: eine Motion für stärkere Transparenzvorschriften oder ein Riehener Konzept für den Umgang mit dem Klimawandel, eine Kreditvorlage für die Sanierung der Mülldeponie Maienbühl zur Sicherung unseres Trinkwassers oder die dringend anstehende, umfassende Schulraumplanung, damit nicht Generationen von Kindern in Containern unterrichtet werden müssen. Alle diese fort-

schrittlichen Vorstösse scheiterten an der bürgerlichen Blockadepolitik.

Wichtige Meilensteine wurden gesetzt

Natürlich haben wir auch einiges erreicht: Eine knappe Mehrheit unterstützte unseren Vorstoss für das Stimm- und Wahlrechtsalter 16 auf kommunaler Ebene, das nächste Dorffest wird einen grenzüberschreitenden Charakter erhalten, die Alterspolitik ist dank unseres Gemeinderates Guido Vogel auf gutem Weg und wir haben bislang erfolgreich dafür gekämpft, dass sich Politik und Verwaltung ein Steuerungsmodell geben, das sich wesentlich auf ökologische, finanzielle und soziale Kriterien stützt.

Das zeigt: Fortschrittliche Politik ist also auch in Riehen möglich. Um den Herausforderungen zu begegnen, um Riehen moderner und zeitgemässer zu gestalten, braucht es bei den Gemeindewahlen vom **6. Februar 2022** unbedingt eine Stärkung einer fortschrittlichen Politik – gerade auch im Gemeinderat.

Mit Guido Vogel treten wir wieder für den Gemeinderat an – zusätzlich soll er künftig Gemeindepräsident werden. Guido unterstreicht: «Es braucht einen Ruck hin zu einer vorausschauenden Politik im Gemeinderat – Fehler, wie sie im Zusammenhang mit dem



Edibe Gögeli, Grossrätin, Kandidatin Gemeinderat und Einwohnerrat Riehen.



Guido Vogel, Kandidat Gemeinderat und Einwohnerrat Riehen.

Doppelpurusbau der S-Bahn geschehen sind, darf es nicht mehr geben. Und was den Klimawandel angeht: Hier können und müssen wir als Gemeinde mehr tun.»

Weiter schicken wir Grossrätin Edibe Gögeli für den Gemeinderat ins Rennen. Sie steht für eine moderne, offene und vielfältige Gemeinde. Sie wird frischen Wind in die Exekutive bringen. «Als Mutter weiss ich, was junge Familien brauchen. Diese Erfahrung und meine politischen Kompetenzen werde ich in das Amt einbringen, um die Bildungspolitik in Riehen zu stärken und Riehen für alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen attraktiver zu gestalten.»

Martin Leschhorn Strebel, Präsident SP Riehen

Gelungener Austausch mit unseren Nachbarn

Als sich die SP BS am 21. November in Riehen zu einem Austausch mit der deutschen Schwesterpartei SPD traf, gab es so einiges auszutauschen. Da waren etwa die gewonnene Wahl unserer deutschen Genoss:innen oder die anstehenden Wahlen in Riehen. Oder auch ein spannender, historischer Input zur sozialdemokratischen Zusammenarbeit, der uns aufzeigte, wie profunden und wichtig diese Verbindung war (Stichwort 2. Weltkrieg) und immer noch ist. Dieser historische Rückblick zeigte auch, wie unwichtig diese Grenzen in der Region für das Zusammenleben eigentlich geworden resp. gewesen sind. Denn leider mussten wir in den letzten



Mit dabei (v. l. n. r.): Jonas Hoffmann, Lisa Mathys, Sarah Wyss, Guido Vogel, Edibe Gögeli, Martin Leschhorn Strebel, Takis Mehmet Ali, Tim Cuénod, Julian Wiedmann, Philipp Lotter.

Monaten schmerzlich erfahren, welche einschneidende Auswirkungen eine solche Grenze haben kann. Seien es nun der pandemiebedingte Lockdown, die mühsamen neuen Schweizer Zollrichtlinien oder der Verhandlungsabbruch mit der EU. Diese Dinge werden uns bis, aber auch trinational noch länger beschäftigen und es ist allen ein Anliegen, diesen Problemen mit so sozialdemokratischen Lösungen wie nur möglich zu begegnen. Der Anlass hat gezeigt, dass man beidseitig gewillt ist, politisch zusammenzuarbeiten, damit diese Grenzen künftig wieder so durchlässig sind wie zuvor.

Sarah Wyss, Nationalrätin SP Basel-Stadt

Netto Null bis 2030: Das Baselbiet kann mehr!

IN DEN ACHTZIGER- UND NEUNZIGERJAHREN DES LETZTEN JAHRHUNDERTS WAR DAS BASELBIET EIN VORZEIGEKANTON, WAS ÖKOLOGIE- UND ENERGIETHEMEN ANBELANGT. DIESE POSITION IST IN DEN JAHREN SEITHER LEIDER VERLOREN GEGANGEN. MIT EINEM JA ZUR KLIMASCHUTZINITIATIVE KÖNNTE WIEDER DARAN ANGEKNÜPFT WERDEN.

Ein erstes wichtiges Etappenziel auf dem Weg zu «Netto Null» ist die verbindliche Verankerung der Klimaziele aus dem Pariser Abkommen in einem neuen Gesetz. Darüber stimmen wir am 13. Februar 2022 ab.

Warum ist das so wichtig?

In ihrem kürzlich von der Delegiertenversammlung beschlossenen Klimaplan schreibt die SP BL unter dem Titel «Netto Null bis 2030 – das Baselbiet kann mehr»: «Die Lösung der Klimakrise ist ohne Zweifel eine der bedeutendsten Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Die Klimakrise bedroht weltweit Millionen von Menschen an Leib und Leben, droht die Landwirtschaft zu zerstören und gefährdet damit das menschliche Zusammenleben auf unserem Planeten. Die Klimakatastrophe zu verhindern ist damit eine zentrale Menschheitsaufgabe, die nicht lediglich einen Teilbereich der Politik betrifft, sondern umfassend alle Bereiche. Die SP kämpft deshalb dafür, dass der Klimaschutz in allen Politikbereichen berücksichtigt und durchgesetzt wird.»

2015 haben sich die Unterzeichnerstaaten mit dem Abschluss des



Thomas Noack, Landrat,
Präsident der Umweltschutz
und Energiekommission des
Landrats



Désirée Jaun, Landrätin,
Gemeinderätin Birsfelden



Pariser Klimaabkommens verpflichtet, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter (1850) zu begrenzen. Damit übernimmt auch die Schweiz ihre solidarische Verantwortung als Teil der internationalen Gemeinschaft. In der Verantwortung steht aber auch der Kanton Basel-Landschaft. Denn es braucht Verbindlichkeit und vor allem Massnahmen auf allen Ebenen.

Warum soll die verbindliche Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in einem kantonalen Klimagesetz festgeschrieben werden?

In einem umfassenden Statusbericht Klima hat der Kanton BL vor kurzem aufgezeigt, wie er die Ziele des Pariser Abkommens erreichen möchte. Die gute Nachricht ist: Es fehlt im Kanton weder an Handlungsfeldern noch an möglichen Massnahmen, mit denen die Klimaziele erreichbar wären. Die schlechte Nachricht ist: Mit den aktuell geplanten Massnahmen kann lediglich knapp die Hälfte der geforderten Reduktion von CO₂-Emissionen erreicht werden. Das ist ambitionslos – und nicht zu verantworten.

Genau deshalb ist dieses Gesetz dringend nötig: Es verpflichtet den Kanton die Ziele zu erreichen und regelmässig über die Zielerreichung Rechenschaft abzulegen. Und diese Verpflichtung gilt dann unabhängig von der aktuellen parteipolitischen Zusammensetzung des Regierungsrats oder des Landrats.

Das sind die Forderungen der Klimainitiative

Das von der Schweiz unterzeichnete Klimaabkommen von Paris wird für den Kanton BL verbindlich. Die Ziele des Abkommens (Klimaerwärmung auf 1,5°C begrenzen, netto null CO₂-Emissionen bis spätestens 2050) werden zu verbindlichen Zielen der Klimapolitik des Kantons BL.

Es braucht jetzt ein klares Bekenntnis und darauf folgende Taten im Kanton Basel-Landschaft, um unserer Verantwortung gerecht zu werden und die Klimaziele zu erreichen. Nur so lassen sich die drohenden schwerwiegenden Konsequenzen verhindern.

Teilrevision Verfassung betreffend Initiativen

Wer heute im Kanton Basel-Landschaft Unterschriften für eine Initiative sammelt, ist an keine Fristen gebunden. Das heisst, wir könnten heute eine Volksinitiative lancieren und uns ruhig 10 Jahre Zeit nehmen, um die notwendigen 1500 Unterschriften zu sammeln. In unserer Gesellschaft ändern sich aber Bedürfnisse und Begehrlichkeiten schnell. Wenn man heute für ein Anliegen unterzeichnet, dann handelt es sich grundsätzlich um eine akute Unzufriedenheit und nicht um eine, die man erst in ferner Zukunft diskutiert haben möchte. Der Landrat hat

daher diese und andere Bestimmungen zum Initiativrecht geändert. Neu soll für die Sammlung von Unterschriften eine zweijährige Frist gelten. Dies gibt Initiativkomitees mit beschränkten personellen Ressourcen die Möglichkeit, die erforderlichen 1500 Unterschriften zu sammeln, und dennoch wird sichergestellt, dass Initiativen nicht für unbestimmte Zeit pendent bleiben. Da die Änderung eine Revision der Kantonsverfassung nach sich zieht, kommt es nun zur obligatorischen Volksabstimmung.

Tania Cucè, Landrätin

PAROLEN DER SP BASELSTADT FÜR DIE ABSTIMMUNGEN VOM 13. FEBRUAR

Kantonal

Ja zur Klimainitiative
Ja zur Teilrevision der Verfassung
betr. Volksinitiativen

National

Nein zur Abschaffung der
Stempelsteuer
Nein zum Tier- und Menschen-
versuchsverbot
Ja zur Initiative Kinder ohne Tabak
Ja zum Mediengesetz

FORTSCHRITT fürs BASELBIET

SP

Jahresbericht des Parteipräsidiums

Für Fortschritt haben wir uns im Baselbiet im vergangenen Jahr engagiert. Wir haben im Juni die «Fortschritt fürs Baselbiet»-Erzählung vorgestellt, in welcher wir eine lebenswerte Zukunft für alle im Baselbiet skizzieren: Mit besseren Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einem Mindestlohn, Klimagerechtigkeit und gebührenfreier Kinderbetreuung.

Initiative für gebührenfreie Kinderbetreuung: Ein Samstag reichte

Für die gebührenfreie Kinderbetreuung haben wir im Frühling eine Volksinitiative lanciert. Gemeinsam mit mehreren hundert Freiwilligen haben wir diese an nur einem Samstag zu Stande gebracht und kurz darauf mit mehr als doppelt so vielen Unterschriften wie benötigt eingereicht. Auf diesen Erfolg können wir unglaublich stolz sein. Danke euch allen für den Einsatz auf der Strasse, am Telefon, in der Nachbarschaft oder via Einzahlungsschein. Ein besonderer Dank gilt auch dem Parteisekretariat, das generell in diesem Jahr – aber auch besonders rund um das Initiativprojekt – Ausserordentliches geleistet hat.

Klimaplan fürs Baselbiet

Das Thema der Klimagerechtigkeit haben wir im Herbst ausführlich

aufgenommen – und an der Delegiertenversammlung im September einen zwölfseitigen Klimaplan fürs Baselbiet verabschiedet, definitiv der ambitionierteste im politischen Baselbiet. Unter dem Titel «Netto Null bis 2030 – das Baselbiet kann mehr» zeigen wir einerseits die grossen Linien (Green New Deal, Arbeitszeitverkürzung, Verbot klimaschädlicher Investitionen für BLKB), werden aber auch konkret und fassbar und machen Vorschläge, die man zügig umsetzen kann. Dazu gehören neben vielem anderem der rasche Ausbau des Velonetzes, der grosszügige Bau von Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dächern oder die Umsetzung einer griffigen Recycling-Strategie, um den Baustoffkreislauf zu fördern. Diesem umfassenden Klimaplan sind vielfältige Debatten in den Sektionen, den Gremien, am Diskussionsabend der SP Baselland und in der Arbeitsgruppe vorausgegangen. Allen Involvierten möchten wir danken.

Gemeinsam mit der Fraktion haben wir uns auch im zweiten Pandemiejahr für sichere Schulen und Kindergärten engagiert und Luftfilter und griffige Schutzmassnahmen gefordert. Im November durften wir gemeinsam mit unserer Regierungsrätin Kathrin Schweizer den ersten



Miriam Locher,
Präsidentin SP BL



Jonas Eggmann,
Vizepräsident SP BL



Nils Joher,
Vizepräsident SP BL

Erfolg an der Urne feiern. Der ausländergefeindlichen SVP-Kampagne gegen das kantonale Integrationsprogramm haben wir eine Absage erteilt und dabei ein breites Ja-Bündnis angeführt.

Menschenwürde statt Ausgrenzung

Auch in den kommenden Monaten werden wir uns gegen weitere Angriffe wehren müssen: Das revidierte Sozialhilfegesetz, welches 2022 vor das Volk kommt, will weitere Leistungskürzungen auf dem Rücken der Schwächsten. Dieser seit Jahren laufenden Kampagne von rechts müssen wir entschieden entgegenreten. Wir wollen keine Stigmatisierung von Armut, keine disziplinierende und sanktionierende Sozialhilfe. Die Sozialdemokratie steht für Menschenwürde statt Ausgrenzung (vgl. Seite 15).

Deswegen werden wir uns gegen den wiederholten Sozialhilfeabbau mit der Kürzung des Grundbedarfs wehren. Ausserdem stehen im 2022 viele Vorbereitungen zum Wahljahr an, worauf wir uns enorm freuen. Denn wie wir im letzten Jahr gesehen haben, können wir gemeinsam Grosses erreichen. Und Grosses wird es brauchen, wenn die politischen Weichen für die kommenden Jahre gestellt werden.

AGENDA SP BL

- Donnerstag, 10. Februar 2022, 19.30 Uhr, Liestal
Frauenwahl – Wahlkampfauftakt
SP Frauen BL
- Sonntag, 13. Februar 2022
Abstimmungssonntag
- Samstag, 19. März 2022, 13.30 Uhr
Geschäftsdelegiertenversammlung
- Dienstag, 5. April 2022, 19.15 Uhr
Koordinationskonferenz SP BL
- 13–15. Mai 2022, Langenbruck
Bildungsweekend

Nein zur Stigmatisierung: Nein zur disziplinierenden und sanktionierenden Sozialhilfe

Und damit möchten wir noch eingehender auf die Revision des Sozialhilfegesetzes zu sprechen kommen, über die wir 2022 abstimmen werden. Die SP hat sich stets gegen jegliche Kürzung des Grundbedarfs der Sozialhilfe ausgesprochen. Dieser Grundsatz begleitet uns schon viele Jahre und ist nicht zuletzt mitverantwortlich dafür, dass wir 2019 gewinnen konnten. Und ja, es gibt Stimmen, die die Vorteile der Gesetzesrevision stärker gewichten als den Abzug. Aber: Der jetzt geplante Abzug trifft genau diejenigen, die sowieso vernichtend geringe Chancen haben, aus der Sozialhilfe herauszukommen. Es ist zynisch, von Anreizen zu reden, wenn jegliche Chance fehlt.

Wenn alle Bemühungen, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden, über zwei Jahre scheitern, dann ist niemandem geholfen, wenn der Grundbedarf danach gekürzt wird. So werden nur Menschen diskriminiert, die es ohnehin schon schwer haben. Mit dem Langzeitabzug werden Menschen pauschal und ohne eigenes Verschulden sanktioniert, indem die ihnen zustehenden Leistungen unter den Grundbedarf gesenkt werden. Eine solche Unterschreitung des Grundbedarfs widerspricht der Idee der Sozialhilfe als existenzsichernde Bedarfsleistung.

Existenzsichernde Sozialhilfe

Die Sozialhilfe ist dazu da, Menschen in Not zu unterstützen, und nicht um von bürgerlichen Politikerinnen und Politikern dazu missbraucht zu werden, sich auf Kosten der Schwächsten profilieren zu wollen.

Seit 20 Jahren drängen die Rechtskonservativen der Bevölkerung ein (seit dem



Abstimmungsplakat Verkehrt Bern.



Ausschnitt aus dem Wahlplakat der SP BS.

20. Jahrhundert überwunden geglaubtes) Bild von Armut und Sozialhilfebeziehenden auf – ein Bild von «unwürdigen» und «arbeitsunwilligen» Sozialhilfebeziehenden. Mit System prägen sie schweizweit die Debatte über Sozialpolitik und deren Ausgestaltung mit dem Zerrbild, dass Armut selbstverschuldet sei. Dabei ist Armut ein strukturelles Problem: Sozialhilfeabhängigkeit ist ein Risiko, das nicht vom Individuum ausgeht und folglich von der Allgemeinheit der Versicherten solidarisch zu tragen ist.

Nichts verdeutlicht das besser als der Ausbruch der Corona-Pandemie: Niemand, der oder die deswegen Erwerbsersatz erhält, trägt eine Schuld am Ausbruch der Pandemie. Die gemeinsame Verantwortung ist Grundprinzip eines modernen Sozialstaats.

Soziales Netz nicht weiter zerschneiden

Mit dem Druck der SVP gerät dieses Grundprinzip seit 20 Jahren ins Wanken: An Stelle des existenzsichernden Sozialstaats, der sich der Grundversicherung bedingungslos als Recht der Menschen annimmt, tritt nach und nach die disziplinierende und sanktionierende Sozialhilfe, die sich dem neoliberalen Motto des «Fördern und Fordern» verpflichtet. Auf diesem Motto gründet schliesslich auch diese Revision. Das ist nicht die erste von rechts erzwungene Sozialhilfe-Abbau-Vorlage im Baselbiet, es wird leider nicht die letzte sein. Diese Teilrevision ist ein erneuter Versuch der SVP, Armut zu individualisieren und zu ächten und entsprechende Scheinlösungen (erzieherische Massnahmen wie Zuschüsse und Sanktionierungen, bis hin zur Kürzung des Grundbedarfs) zu präsentieren. Die nun vorliegende Revision gibt dem Druck der SVP nach und

bettet sich in das stigmatisierende und neoliberale Weltbild der Rechtskonservativen ein. Das ist eine nationale Strategie der SVP, die ohne Berücksichtigung der kantonalen Gegebenheiten verfolgt wird. Wir halten dagegen! Wir sagen Nein zur disziplinierenden und sanktionierenden Sozialhilfe, Nein zum wiederholten Sozialhilfe-Abbau im Baselbiet!

Miriam Locher, Präsidentin SP BL
Jonas Eggmann, Vizepräsident SP BL
Nils Jocher, Vizepräsident SP BL

AUS DEM LANDRAT

Einführung einer Elternzeit im Kanton Basel-Landschaft

Seit einem Jahr ist der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub eingeführt. Er erlaubt jungen Familien wenigstens in den ersten Tagen nach der Geburt, ihre Neugeborenen in Ruhe kennen-zulernen und eine Beziehung aufzu-bauen. Doch 14 Tage reichen nicht aus, um die Bedürfnisse der Familien abzudecken. Elternzeit ist z. B. in den OECD-Ländern ein längst eingeführtes System. Und auch die EKFF (Eidgenössische Kommission für Familienfragen) fordert eine insgesamt 38-wöchige Elternzeit (Mütter-, Väter- und Elternurlaub).

Gleichberechtigung stärken

Nur die Elternzeit ermöglicht, dass sich beide Elternteile von Geburt an gleichermassen um das Kind kümmern können. Das wirkt ganz

konkret der Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegen. Frauen, die nach der Elternzeit wieder in den Arbeitsprozess einsteigen, tragen zu höheren Steuereinnahmen bei und wirken dem Fachkräftemangel entgegen.

Elternzeit im Baselbiet

Im Landrat steht nun die von mir eingereichte Motion zur Einführung einer Elternzeit zur Diskussion. Sie fordert zusätzlich zu den 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und den 2 Wochen Vaterschaftsurlaub 16 Wochen Elternzeit. Der Regierungsrat hat auf mein Postulat «Elternzeit für alle» vom 13. Juni 2019 sehr ausführlich und umfassend geantwortet. Grundsätzlich ist es laut Regierungsrat möglich, dass



Lucia Mikeler Knaack,
Landrätin

Kantone im Rahmen ihrer Souveränität einen obligatorischen paritätischen Beitrag von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden für einen Elternurlaub erheben. Auf dieser Grundlage beantragte ich nun die Einführung einer Elternzeit im Baselbiet. Der Regierungsrat ist gewillt die Motion anzunehmen. Die SP setzt sich schon seit Längerem für eine echte Elternzeit ein. Dass die Bevölkerung hinter diesem Anliegen steht, hat sich spätestens nach dem Frauenstreik 2019 und nach dem 50-Jahre-Frauenstimmrechts-Jubiläum 2021 gezeigt. Bereits heute gewähren viele Unternehmen freiwillig mehr als den obligatorischen Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub. Es ist zu hoffen, dass auch der Landrat die Zeichen der Zeit erkennt und die Motion überweist. Dies ist in unserem bürgerlichen Kanton aber keinesfalls sicher. So oder so, wir bleiben dran und setzen uns für ein familienfreundlicheres Baselbiet ein.

AUS DEM GROSSEN RAT

Sexuelle Gesundheit für alle?

Seit rund zwei Jahren steht die Gesundheitspolitik stark im öffentlichen Fokus. Die Covid-19-Pandemie bindet viele Ressourcen und verlangt ein schnelles Handeln, auch von den politischen Akteur:innen. Neben der Bekämpfung der aktuellen Pandemie gibt es aber auch andere Krankheiten und gesundheitliche Entwicklungen, die unsere Aufmerksamkeit verdient haben.

HIV hat etwa 39 Millionen Menschenleben gefordert

Denn die letzte grosse Pandemie ist noch immer nicht vollständig besiegt. Das Humane Immundefizienz-Virus (HIV) hat nach Schätzungen des gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) bisher etwa 39 Millionen Menschenleben gefordert. Menschen, die mit dem Virus leben, werden auch heute noch von der Gesellschaft stigmatisiert und erleben Ablehnung und Ausgrenzung. Deshalb

ist es weiterhin nötig, dass sich die Politik aktiv gegen die Verbreitung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten einsetzt und sich auch aktiv an der Bekämpfung der Stigmata rund um diese Krankheiten beteiligt.

Sexuelle Gesundheit muss auf der politischen Agenda bleiben

Im Kanton Basel-Stadt hat der Grosse Rat im vergangenen Monat dem Ratschlag «Staatsbeitrag an den Verein Aids-Hilfe beider Basel (AHbB) für die Jahre 2022 bis 2025» zugestimmt. Die AHbB ist als wichtigste regionale Fachstelle für Aids-Fragen anerkannt und kümmert sich auch um andere Belange der sexuellen Gesundheit.

Für die nächsten vier Jahre stehen nun jährlich 428 000, also insgesamt 1 712 000 Franken zur Verfügung. Auf den ersten Blick eine stattliche Summe. Stellt man sie in Relation zu anderen Ausgaben, so



Jessica Brandenburger, Grossrätin und Co-Präsidentin SP Basel-Stadt

merkt man schnell, dass der sexuellen Gesundheit noch immer kein grosser Stellenwert zugeschrieben wird. Für den gleichen Zeitraum wurden beispielsweise für die Augenforschung 19,53 Mio. Franken bewilligt. Natürlich ist es nicht sinnvoll, die sexuelle Gesundheit gegen die Augenforschung auszuspielen. Viel mehr plädiere ich dafür, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Aber wie so oft kann man an den gesprochenen Beiträgen sehen, wie stark ein Thema gewichtet wird. Für die höhere Gewichtung der sexuellen Gesundheit haben sich in der Vergangenheit sowohl die Landrats- wie auch die Grossratsfraktion der SP eingesetzt. Mit verschiedenen Vorstössen, etwa für eine Fachstelle für sexuelle Gesundheit, haben wir dafür gesorgt, dass das Thema auf der politischen Agenda bleibt. Und das ist auch gut so, denn es bleibt noch viel zu tun.